

Stand: 15.03.2025 17:56:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/577

"Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern – Für eine wehrhafte Demokratie!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/577 vom 13.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2146 des VF vom 11.04.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2296 vom 04.06.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern – Für eine wehrhafte Demokratie!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, binnen eines halben Jahres dem Landtag einen umfassenden und ressortübergreifenden „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ vorzulegen und in diesem Kontext alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel zu nutzen, um dem weiteren Erstarken und der Radikalisierung der extremen Rechten zu begegnen. Zu einem solchen Aktionsplan gehören insbesondere die folgenden präventiven und repressiven Maßnahmen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Einstufung der AfD in Bayern als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“ vorliegen. Dabei sind die Erkenntnisse der seit 2022 laufenden Beobachtung der Partei durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu berücksichtigen und dem Landtag ist über die Ergebnisse der Prüfung ein Bericht zu erstatten.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, die AfD, ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“ und die der Partei nahestehende „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ von staatlichen Finanzierungsoptionen auszuschließen. Dem Landtag ist über die Ergebnisse der Prüfung Bericht zu erstatten.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, rechtsextreme Organisationen wie die „Junge Alternative“, die „Identitäre Bewegung“ oder „Ein Prozent e. V.“ auf Grundlage des Vereinsrechts in Bayern oder im Bund zu verbieten. Dem Landtag ist über die Ergebnisse der Prüfung Bericht zu erstatten.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Landtag zu berichten, ob auf Basis der Erkenntnisse bayerischer Sicherheitsbehörden sowie der zuständigen Behörden des Bundes und der Länder bereits die Voraussetzungen für die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD vorliegen. Sollte ein solches Verfahren unter Führung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat angestrebt werden, müssen sich das bayerische Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration und das Landesamt für Verfassungsschutz aktiv an der Zusammenführung der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden und an der Sammlung des benötigten umfangreichen Beweismaterials beteiligen.
5. Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle notwendigen gesetzlichen Änderungen und Verfahrensregeln zu prüfen, um die staatliche Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit zentraler juristischer und demokratischer Institutionen langfristig zu sichern. Zu einer wehrhaften Demokratie gehört auch der Schutz zentraler juristischer

- und demokratischer Institutionen. Verfassungsfeinde dürfen beispielsweise keinen Einfluss auf die Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs haben.
6. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Aufklärung der finanziellen Strukturen und Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu verstärken und die dafür zur Verfügung stehenden personellen und fachlichen Kapazitäten in den zuständigen Behörden auszubauen. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Finanzbehörden muss zu diesem Zweck weiter verbessert werden. Ziel ist es, die Geldströme in der rechtsextremen Szene und die Finanzierung rechtsextremer Aktivitäten durch Spenden besser nachvollziehen zu können. Dies umfasst auch die Aufklärung von Unternehmensstrukturen, Finanzierungsnetzwerken sowie von Grundstücks- und Immobiliengeschäften der rechtsextremen Szene. Ziel ist es außerdem, verfassungsfeindliche Organisationen, verfassungsfeindlich agierende Stiftungen und Vereine wann immer es rechtlich möglich ist, von öffentlichen und privaten Zuwendungen und Finanzmitteln auszuschließen.
  7. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Präsenz von Rechtsextremisten und Reichsbürgern in den Sicherheitsbehörden umfassend aufzuklären und Verfassungsfeinde umgehend aus Polizei, Justiz und Geheimdiensten zu entfernen. Rechtsextreme Vorfälle im öffentlichen Dienst müssen konsequent gemeldet, veröffentlicht und streng geahndet werden. Die Staatsregierung muss sich ferner bei Vorfällen im öffentlichen Dienst für eine Beschleunigung der Disziplinarverfahren und die beschleunigte Umsetzung von Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entfernung aus dem öffentlichen Dienst einsetzen.
  8. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für die konsequente und schnelle Entwaffnung von Rechtsextremisten und Reichsbürgern einzusetzen. Es dürfen weder legale noch illegale Waffen in die Hände von Verfassungsfeinden gelangen. Die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei oder Organisation muss bei der Zuverlässigkeitsprüfung automatisch zu einer Versagung bzw. einem Entzug der Waffenerlaubnis führen. Erlaubnispflichtige Waffen sind nach Widerruf der Waffengenehmigung umgehend einzuziehen. Außerdem sollte zukünftig bereits die Mitgliedschaft in einer als „Verdachtsfall“ geführten Organisation ausreichen, um die waffenrechtliche Zuverlässigkeit infrage zu stellen und ein Verfahren zum Entzug der waffenrechtlichen Erlaubnis einzuleiten. Die Staatsregierung ist ferner aufgefordert, ihre Bemühungen zur Aufklärung des illegalen Waffenschmuggels und des illegalen Waffenbesitzes zu verstärken und sich dabei eng mit internationalen Partnern entlang der Schmuggelrouten abzustimmen.
  9. Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein eigenes bayerisches Programm zur Demokratieförderung aufzulegen und die demokratische Zivilgesellschaft in ihrer gesamten Breite und Vielfalt nachhaltig zu stärken. Die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Bayern brauchen für ihr Engagement eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung.
  10. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausbau und die Finanzierung von Melde-, Beratungs- und Anlaufstellen für die Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Übergriffe zu fördern und langfristig abzusichern. Betroffene benötigen im Ernstfall ein verlässliches Angebot an rechtlicher und psychologischer Beratung. Ziel ist ein flächendeckendes Angebot an Anlauf- und Beratungsstellen, welches auch den ländlichen Raum berücksichtigt.
  11. Die Staatsregierung wird aufgefordert, Angebote der außerschulischen politischen Bildung, der Demokratiebildung und der Medienkompetenz für Jugendliche und Erwachsene auszubauen und zu stärken. Außerdem müssen die Programme und Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zur Förderung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus weiter ausgebaut werden.
  12. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Vollstreckungsdefizite bei Haftbefehlen gegen Rechtsextremisten und Reichsbürger zu beseitigen. Allein in Bayern gibt es seit Jahren rund 100 nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextremisten. Dies ist ein enormes Sicherheitsrisiko, welches dringend behoben werden muss.

13. Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz von politischen Amts- und Mandatsträgern zu ergreifen. Die Zahl der Anfeindungen und Angriffe gegen Amts- und Mandatsträgern – bis hin zu physischer Gewalt – ist in den vergangenen Jahren auch in Bayern stark gestiegen. Die Staatsregierung sollte deshalb gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträgern“ bilden. Von Beleidigungen, Drohungen oder Angriffen betroffene kommunale Amts- und Mandatsträgern brauchen eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle, die sie beim Umgang mit Justiz und Sicherheitsbehörden berät und bei der Erstattung von Anzeigen unterstützt.

**Begründung:**

Der Rechtsextremismus stellt gegenwärtig die größte Gefahr für unsere Demokratie dar. Rechtsextremisten wollen unsere freiheitliche Demokratie abschaffen und durch einen nach völkischen Kriterien organisierten autoritären Staat ersetzen. Für Rechtsextremisten entscheiden die ethnische Herkunft und die nationale Zugehörigkeit über den Wert und die Rechte eines Menschen. Dies ist mit dem im Grundgesetz verankerten Prinzip der Menschenwürde und den für alle Menschen garantierten Grundrechten unvereinbar.

Mit der AfD hat sich eine offen rechtsextreme und demokratiefeindliche Partei in zahlreichen Parlamenten in den Kommunen, Ländern und im Bund festgesetzt. Die AfD agiert dabei zunehmend als parlamentarischer Arm einer breit gefächerten und teilweise auch gewaltorientierten rechtsextremen Szene. Gemeinsam mit ihrem sog. Vorfeld verfolgt die AfD unter dem Stichwort „Remigration“ das Ziel hunderttausende Menschen aus diesem Land zu vertreiben. Damit spaltet die AfD unsere Gesellschaft und gefährdet den inneren Frieden. In einigen Bundesländern stellt die AfD mittlerweile offen die „Machtfrage“ und strebt nach einer Beteiligung an der Regierung des jeweiligen Landes.

Die Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und aller staatlichen Ebenen. Als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik und der Katastrophe der NS-Diktatur stehen unser Staat und unser Gemeinwesen in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass es nie wieder so weit kommen darf. Die „wehrhafte Demokratie“ gehört aus diesem Grund zu den Fundamenten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Bundesweit haben Millionen Menschen auf zahlreichen Demonstrationen gezeigt, dass sie Vielfalt, Demokratie und die grundlegenden Freiheits- und Menschenrechte verteidigen wollen. Nun ist es an der Zeit, auch die rechtlichen Mittel einer wehrhaften Demokratie konsequent zu nutzen. Wir brauchen auch in Bayern dringend eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoglu  
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 19/577

**Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern – Für eine wehrhafte Demo-  
kratie!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Toni Schuberl**  
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 11. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/577, 19/2146

**Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern –  
Für eine wehrhafte Demokratie!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 13)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 13)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, AfD, die Fraktion der GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen liegen nicht vor, Stimmenthaltungen auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Mir liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte vor. Somit ist die Sitzung geschlossen. Ihnen allen einen schönen Abend! Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:46 Uhr)



## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Anträge

- Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Anhörung zur Kita-Reform in Bayern (BayKiBiG):  
 gute pädagogische Qualität für Kinder, verlässliche Finanzierung für Träger und bezahlbare Gebühren für Eltern erreichen  
 Drs. 19/530, 19/2139 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

- Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)  
 Deutsche Umwelthilfe in die Schranken weisen!  
 Zweifelhafte Klage- und Abmahnpraxis beenden!  
 Drs. 19/549, 19/2050 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern –  
Für eine wehrhafte Demokratie!  
Drs. 19/577, 19/2146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Unbürokratische Auszahlung des Krippengeldes in Bayern  
Drs. 19/612, 19/2140 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten  
Drs. 19/660, 19/2147 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

6. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)  
Bürger vor Zahlungen des Rundfunkbeitrags schützen:  
Meldebehörden zur Aufklärung über Möglichkeiten  
zur Vermeidung der Beitragspflicht anhalten  
Drs. 19/743, 19/1986 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Antrag des Abgeordneten Markus Striedl AfD  
Wärmeversorgung in Wenzenbach sofort wiederherstellen!  
Drs. 19/751, 19/2144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,  
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Lückenhafte Ermittlungen im Fall Chrupalla?  
Drs. 19/759, 19/2148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,  
Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. SPD  
Wie können wir die Kita-Qualität in Zeiten  
des Fachkräftemangels sichern?  
Drs. 19/760, 19/2141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,  
Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher u.a. und Fraktion (SPD)  
Verfassung schützen – Demokratie verteidigen: Bayerns Reaktion  
auf die aktuellen rechtsextremen Entwicklungen  
Drs. 19/773, 19/2149 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zum EU-Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung und dessen Auswirkungen auf den Mittelstand  
Drs. 19/792, 19/2145 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts in Bayern  
Drs. 19/794, 19/2150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner AfD  
Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern in Plattling  
Drs. 19/795, 19/2151 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
beA auch in Bayern vollständig nutzbar machen!  
Drs. 19/805, 19/2152 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>